

Es ist Krieg – und keiner geht hin?

Dem israelischen Militär verweigern immer mehr Reservisten den Dienst. Ihre Gründe sind vielfältig

Aus Jerusalem **Felix Wellisch**

Israels Armee steht vor einem Problem: Immer weniger der einberufenen Reservisten wollen offenbar noch zum Dienst erscheinen. Auf 50 bis 60 Prozent ist die Reaktionsrate laut einem Bericht des öffentlich-rechtlichen Senders KAN gesunken, von mehr als 100.000 Verweigerern ist die Rede. Und in den vergangenen beiden Wochen kam zu den größtenteils stillen Verweigerungen eine Welle von Protestbriefen hinzu. Darin forderten unter anderem mehr als zehntausend aktive und pensionierte Reservisten, für die Rückkehr der weiter 59 in Gaza festgehaltenen Geiseln den Krieg zu beenden.

Regierungschef Benjamin Netanyahu erteilte dem aber gleich darauf eine Absage: Israel brauche „Geduld und Entschlossenheit, um zu gewinnen“. Bezalel Smotrich, Finanzminister und ein rechtsextremer Siedler, ging zu Beginn der Woche noch weiter: „Seien wir ehrlich, die Rückkehr der Geiseln ist nicht das wichtigste Ziel.“ Der Gazastreifen müsse dauerhaft militärisch besetzt, die palästinensische Bevölkerung verdrängt werden.

Auf Nachfrage will die Armee die Berichte zu den Verweigerungen weder bestätigen noch negieren, offizielle Zahlen gibt es

nicht. Doch die Armeeführung muss reagieren und will künftig laut einem Bericht der *Haaretz* besonders im Gazastreifen vermehrt Wehrdienstleistende statt Reservisten einsetzen. So will sie die Zahl der Einberufungen aus der Reserve senken.

Den Anfang der jüngsten Protestwelle hatten vor zwei Wochen rund 1.000 Luftwaffenpiloten gemacht. „Derzeit dient

„Bemerkenswert ist die Erwähnung palästinensischer Opfer“

Yael Berda, Soziologin

der Krieg hauptsächlich politischen und persönlichen Interessen, nicht der nationalen Sicherheit“, hieß es darin. Obwohl die Briefe nicht explizit zur Verweigerung aufrufen, reagierte die Armee umgehend und entließ alle noch aktiven Unterzeichner.

Rund zwei Drittel der israelischen Bevölkerung unterstützen laut Umfragen ein Ende des Krieges, wenn dafür die verbliebenen Geiseln freikommen. Seither tauchen anhaltend ähnliche Briefe auf: aktive und frühere Fallschirmjäger, Marineoffiziere, Veteranen des Ge-

heimdienstes Mossad. Mehrere Hundert der Unterzeichner sind laut Berichten noch als Reservisten aktiv. Jüngst folgten zudem Polizisten, Autoren, zivile Piloten, Architekten, Akademiker.

Doch die Motive gehen weit auseinander: „Ich persönlich habe wegen der Dinge unterschrieben, die Soldaten aus meiner Einheit in Gaza getan haben“, sagt einer der unterzeichnenden Infanterie-Reservisten, der anonym bleiben möchte. Doch viele Kameraden hätten eher von Erschöpfung oder beruflichen und familiären Schwierigkeiten als Beweggründe für das Unterzeichnen des Briefes gesprochen. Bei einer amtlichen Erhebung unter Reservisten gaben jüngst 41 Prozent an, wegen ihrer häufigen Abwesenheit Anstellungen verloren zu haben.

Die Soziologin Yael Berda von der Hebräischen Universität in Jerusalem sieht in den Briefen zwei große Veränderungen: „Zum einen steht damit fast die gesamte Protestbewegung für ein Ende des Krieges ein, anstatt sich wie zuvor in Teilen nur auf die Rückkehr der Geiseln zu beschränken“, sagt Berda. Bemerkenswert sei auch die Erwähnung palästinensischer Opfer: Nach dem Terrorangriff und den Massakern der Hamas am 7. Oktober 2023 hät-

ten viele das Leid der palästinensischen Bevölkerung lange ignoriert oder gerechtfertigt. Seit Kriegsbeginn wurden mehr als 50.000 Menschen im Gazastreifen getötet. Seit bald zwei Monaten hat Israel die gut zwei Millionen Einwohner von allen Hilfslieferungen abgeschnitten.

Neben moralischen und wirtschaftlichen Motiven sieht die Soziologin schwindendes Vertrauen in die politische Führung als zentralen Antrieb vieler Unterzeichner. „Es gibt eine klaffende Lücke zwischen den Versprechen und den nachweisbaren Erfolgen der Regierung.“ Besonders die Waffenruhe Anfang des Jahres habe vielen gezeigt, dass die Befreiung der Geiseln und die Fortsetzung des Krieges sich widersprüchen. Dass Israel sie einseitig am 18. März gebrochen und gleichzeitig den autoritären Justizumbau wieder aufgenommen hat, der das Land bereits 2023 gespalten hatte, gehe vielen zu weit.

„Weil es um Netanjahus Machterhalt und Interessen und nicht um Sicherheit geht, steht für viele Unterzeichner die Legitimität der Regierung und des Krieges in Frage“, sagt Berda. Und: Die Heftigkeit, mit der die Regierung die Unterzeichner als Verräter brandmarken wolle, beweise, dass diese besorgt sei.